

**Betreff:** AW: KlimaMontag  
**Von:** Berlin4Future <berlin@berlin4future.de>  
**Datum:** 19.05.2021, 22:24  
**An:** helm@linksfraktion.berlin, schatz@linksfraktion.berlin  
**Kopie (CC):** Ines Broeenhorst <fv@linksfraktion.berlin>

Sehr geehrte Frau Helm, sehr geehrter Herr Schatz,

für Ihr Antwortschreiben auf unseren Brief an alle Mitglieder demokratischer Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus vom 12.02.2021 bedanken wir uns sehr. Wir begrüßen den Dialog sehr! In unserem Brief hatten wir unserer Sorge Ausdruck verliehen, dass die Corona-Krise die Klimakrise und ihre Bekämpfung in den Hintergrund drängt und dass unter dem Eindruck der Corona-Krise und der durch sie ausgelösten und offengelegten sozialen Spannungen und Missverhältnisse nur unzureichende klimapolitische Maßnahmenpakete formuliert und verabschiedet werden. Damit verbunden war unser Appell an Sie für mutige, wegweisende klimapolitische Entscheidungen, um dem Ausmaß der Krise gerecht zu werden.

Ein Punkt war uns dabei besonders wichtig: Wenn wir von einem linearen Reduktionspfad ausgehen, brauchen wir angesichts des bestehenden CO<sub>2</sub>-Restemissionsbudgets eine Klimaneutralität bis ca. 2030, um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommen mit einer Wahrscheinlichkeit von größer 50% einzuhalten zu können!

Sie halten in Ihrem Antwortbrief Erfolge Ihrer Arbeit und positive Veränderungen der letzten Legislaturperiode fest und skizzieren einige Positionen, die mittlerweile auch Teile der Wahlprogramme der Partei DIE LINKE für das Abgeordnetenhaus bzw. für den Bundestag im Herbst 2021 darstellen.

Wir möchten die Möglichkeit nutzen, diese Fortschritte der jüngeren Vergangenheit und alle Programmpunkte, die einen wirkungsvollen Beitrag für eine sozial gerechte Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft leisten können, explizit zu würdigen. Gleichzeitig wollen wir Sie noch einmal auffordern, einen noch konsequenteren klimapolitischen Ansatz zu entwickeln und umzusetzen.

Als einen noch konsequenteren politischen Ansatz sehen wir einen klimapolitischen Masterplan, der auf einem vollen Commitment zu den Zielen von Paris basiert, der von einem Paris-kompatiblen Restemissionsbudget ausgeht und der einen dementsprechenden Reduktionspfad mit konkreten Maßnahmen beschreibt.

Neben, wie bereits erwähnt, vielen begrüßenswerten klimapolitischen Einzelmaßnahmen formulieren Sie in Ihrem Wahlprogramm den Willen, dass "Berlin bis spätestens 2040 zu einer klimaneutralen Stadt" wird. Auf dem Weg dahin soll das Reduktionsziel für das Jahr 2030 auf mindestens 70 Prozent gegenüber 1990 erhöht werden.

Das geht über die Vorstellungen anderer Parteien erfreulicherweise deutlich hinaus, ist im Licht der auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft formulierten Notwendigkeit einer Klimaneutralität bis ca. 2030 aber dennoch absolut nicht ausreichend. Die Zielstellung "bis spätestens 2040" ist inhaltlich verfehlt, wenn nicht gleichzeitig akzeptable Kompensationsmaßnahmen festgelegt werden. Berücksichtigt man zusätzlich den politischen Prozess der Kompromissbildung und eine typische Verzögerung solcher Transformationsprogramme, ist die Zielstellung "bis spätestens 2040" erst recht ungenügend.

Sie unterstreichen, dass “die Festlegung eines mit dem Pariser Klimaschutzabkommen kompatiblen verbleibenden CO<sub>2</sub>-Budgets” notwendig ist. Wir würden erwarten, dass Sie dazu einen konkreten Vorschlag unterbreiten. Was hindert Sie daran, Ihre Vorstellungen jetzt zu kommunizieren und damit die Ernsthaftigkeit Ihrer klimapolitischen Aussagen zu unterstreichen?

Auch an Sie möchten wir deshalb die Frage richten:

Ist Ihre Fraktion bereit, einen umfassenden konkreten klimapolitischen Masterplan vorzulegen?  
Ist Ihre Fraktion bereit, Berlin zur “Klimahauptstadt” und damit zum Vorbild für Deutschland und Europa zu machen?

Wir werden uns weiterhin für das Ziel “Klimaneutralität bis 2030” einsetzen, weil nur so ein Einhalten des 1,5-Grad-Ziel von Paris wahrscheinlich ist! “Klimaneutralität bis 2030” ist nach unserer Einschätzung letztendlich auch die einzige Position, die mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 29.04. ethisch-moralisch vereinbar ist. Wird die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5-Grad nicht sichergestellt, ist eine vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte unzulässige Einschränkung der Freiheiten zukünftiger Generationen gar nicht mehr vermeidbar.

Wir regen an, das Wahlprogramm vor dem Hintergrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes noch einmal zu schärfen.

Kurzer Hinweis: Wir behalten uns vor, dieses E-Mail auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Mit klimafreundlichen Grüßen

Gerd Hübner  
Claudia Prange  
Jörg Finus  
MD  
(für Berlin4Future)